

# MELDEDATENÜBERMITTLUNG UND MELDEREGISTERAUSKÜNFTE ZU KIRCHLICHEN ZWECKEN\*

von Daniela Schrader

## I. DIE BESONDERE MELDERECHTLICHE BEZIEHUNG ZWISCHEN STAAT UND KIRCHE

### 1. Rechtsentwicklung

#### *a) Melderechtsrahmengesetz 1980*

„Die Weitergabe von Meldedaten an die Kirchen hat Tradition. Staatlich-kirchliche Zusammenarbeit im Bereich des institutionalisierten Einwohnermeldewesens läßt sich bis in dessen Anfangsjahre zurückverfolgen“<sup>1</sup>. Mit diesen Worten beginnt der Vortrag von Dr. iur. Klaus G. MEYER-TESCHENDORF, Bonn, beim 15. „Essener Gespräch“ im Jahr 1980. Das Thema war damals brandaktuell, gab es doch unter dem 28.12.1979 einen Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Melderechtsrahmengesetzes (MRRG)<sup>2</sup>. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Meldewesen ausschließlich landesrechtlich geregelt. 1971 und erneut wegen des vorzeitigen Endes der 7. Bundestagswahlperiode 1973 hatte es einen ersten Entwurf eines Bundesmeldegesetzes gegeben, der wegen verfassungsrechtlicher Bedenken des Rechtsausschusses (bundeseinheitliches Personenkennzeichen) nicht weiterverfolgt wurde.

---

\* Der Abhandlung liegt der Vortrag zugrunde, der auf der Studententagung *De Processibus Matrimonialibus* (DPM) 2016 gehalten wurde, die vom 17. November 2016 bis 18. November 2016 in Augsburg stattfand. Der Vortragsstil wurde beibehalten.

1 MEYER-TESCHENDORF, G., Die Weitergabe von Meldedaten an die Kirchen. Verfassungskräftiger Anspruch der Kirchen auf meldebehördliche Informationshilfe?: Krauthscheidt, J. / Marré, H. (Hrsg.), 15. Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche. 1981, 9 f.

2 BR-Drs. 638/79.

Gestützt auf Art. 75 Nr. 5 GG in der damals geltenden Fassung wurde der Bundesgesetzgeber 1979 als Rahmengesetzgeber tätig, die Landesgesetzgeber waren zur ergänzenden landesrechtlichen Regelungen befugt.

Der Eingangssatz des § 19 Abs. 1 MRRG<sup>3</sup> in der Gesetz gewordenen Endfassung lautete: „Die Meldebehörde darf einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft unter den in § 18 Abs. 1 Satz 1 genannten Voraussetzungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben folgende Daten ihrer Mitglieder übermitteln“.

In der Gesetzesbegründung hieß es sehr restriktiv, dass § 19 Abs. 1 MRRG davon ausgehe, dass die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften gegenüber staatlichen Stellen einen Informationsanspruch zumindest insoweit besitzen, als sie überhaupt erst in die Lage versetzt werden müssen, mit ihren Mitgliedern in Kontakt zu treten. Dementsprechend waren die aufgeführten Meldedaten, die übermittelt werden sollten, sehr überschaubar und hätten nur eine bloße Kontaktaufnahme mit dem jeweiligen Kirchenmitglied gestattet.

Unter Berufung auf Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 6 WRV – dem Recht der als Körperschaften des öffentlichen Rechts verfassten Religionsgesellschaften, aufgrund der bürgerlichen Steuerlisten Steuern zu erheben –, konnten das Kommissariat der deutschen Bischöfe und das Evangelische Büro, Bonn erreichen, dass schließlich ein erweiterter Datenkatalog zugebilligt wurde<sup>4</sup>.

Zulässigkeitsvoraussetzung für eine Datenübermittlung war gemäß dem Verweis auf § 18 Abs. 1 MRRG, dass die Übermittlung zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der Religionsgesellschaft liegenden Aufgaben erforderlich ist. Zudem mussten gem. § 19 Abs. 3 MRRG bei der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen worden sind.

Eine Ausnahme von der Beschränkung auf die Mitglieder der Religionsgemeinschaft enthielt Abs. 2 für Familienangehörige, die nicht derselben oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören. Auch die Übermittlung von Meldedaten dieses Personenkreises wurde geregelt. Durch einfache Erklärung eines Nichtmitgliedes konnte eine Übermittlungssperre ausgelöst werden, die allerdings dann unbeachtlich war, wenn Landesrecht anordnete, dass die Daten für Zwecke der Steuererhebung zu übermitteln waren.

### *b) Bundesmeldegesetz 2013 (in Kraft getreten am 1.11.2015)*

Nachdem durch die sogenannte „Föderalismusreform“ die Gesetzgebungszuständigkeit für das Melderecht ausschließlich dem Bund zuordnet wurde, hat der

---

3 Vom 16.8.1980 (BGBl. I, 1429).

4 Auszug aus dem Bericht des Kommissariates der Deutschen Bischöfe für die Bischöfe, 18.2.1981, TOP 7.5. Melderechtsrahmengesetz.

Bundesgesetzgeber nach einem langen und durchaus kontroversen parlamentarischen Beratungsverfahren das Bundesmeldegesetz vom 3. Mai 2013 erlassen,<sup>5</sup> aktuell in der Fassung vom 18.7.2017<sup>6</sup>. Es hat zum 1.11.2015 das Melderechtsrahmengesetz (MRRG) abgelöst. Die Landesmeldegesetze wurden entsprechend überarbeitet, so beispielsweise das Meldegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Meldegesetz NRW – MG NRW) vom 16.9.1997<sup>7</sup> in § 5 (Datenübermittlung an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften) und § 11 Nr. 2, der die Verordnungsermächtigung enthält, für die Datenübermittlung an die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften das Verfahren zu regeln, dies unter Festlegung von Anlass und Zweck der Übermittlung, der Datenempfänger, der zu übermittelnden Daten und ihrer Form. Das ist für NRW mit der Melddatenübermittlungsverordnung vom 20. 10.2015<sup>8</sup> erfolgt.

## 2. Datenerhebung des Staates (auch) für die Kirche

Die Berechtigung des Staates, überhaupt die Religionszugehörigkeit zu erfassen, ergibt sich für die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften zum einen aufgrund der Ermächtigung in §§ 2, 3 Abs. 1 Nr. 1 BMG, diese Daten zu statistischen Zwecken<sup>9</sup> zu erheben.

### *a) Verfassungsrechtliches Gebot zur Datenerhebung zum Zweck der Erhebung der Kirchensteuer*

Darüberhinaus besteht mit Blick auf das Recht der als Körperschaften des öffentlichen Rechts verfassten Kirchen, Kirchensteuern nach Maßgabe der bürgerlichen Steuerlisten zu erheben, eine Pflicht des Staates, entsprechende Daten zur Verfügung zu stellen, Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 6 WRV. Nach dem Wegfall der dort vorgesehenen „bürgerlichen Steuerlisten“ ist die Melddatenübermittlung Grundlage für die Ausübung des Besteuerungsrechtes durch die öffentlich-rechtlichen verfassten Religionsgemeinschaften. Als bürgerliche Steuerlisten bezeichnete man die „amtliche Zusammenstellung der Ergebnisse der Veranlagung zu den Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern“. Nach dem Wegfall dieser Steuerlisten ging man dazu über, dass das Einwohnermeldeamt anhand der Meldelisten eine Lohnsteuerkarte ausstellte, die das Religionsmerk-

---

<sup>5</sup> Art. 1 Gesetz zur Fortentwicklung des Meldwesens, 3.5. 2013, BGBl. I, 1084.

<sup>6</sup> BGBl. I 2017, 2745.

<sup>7</sup> GV.NRW.1997, 332, zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 17.5.2018, GV.NRW.2018, 244.

<sup>8</sup> GV.NRW.2015, 707.

<sup>9</sup> BVerfGE 65, 1 u. 38 ff., CAMPENHAUSEN, A. v. / DE WALL, H., Staatskirchenrecht. 42006, 297.

mal enthielt. Heutzutage regelt § 39e EStG die Übermittlung entsprechender elektronischer Datensätze direkt an die Arbeitgeber auf der Grundlage der Daten der Meldebehörden. Lohnsteuerkarte und ELSTAM ermöglichen zwar den Einbehalt und die Abführung der Kirchensteuern, verschaffen den Kirchen aber nicht die Steuerdaten zu dem Zeitpunkt, zu dem die Steuer entsteht, was zum Beispiel für Anträge auf Erlass oder Stundung von Kirchensteuer von Bedeutung ist. Daher hat sich der Staat verpflichtet, der Kirche die im Gesetz aufgeführten Meldedaten ihrer Mitglieder im Wege der permanenten Datenübermittlung bereits zu dem Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen, zu dem die Steuer entsteht.

Die Meldebehörden werden demnach, so ein Ausdruck von VON CAMPENHAUSEN aus dem Jahr 1974, als „Erfüllungsgehilfen der informationsverpflichteten Finanzämter“ tätig<sup>10</sup>.

Es ist festzuhalten, dass bezüglich der Daten, die für die Kirchensteuererhebung notwendig sind, ein verfassungsrechtliches Gebot der Datenerhebung besteht. Dies erstreckt sich auch auf Familienmitglieder, soweit diese Daten für die Steuererhebung von Relevanz sind.

Der verfassungsrechtliche Anspruch wird teilweise flankiert von entsprechenden konkordatären Regelungen, so beispielsweise Art. 10 § 5 des Bayerischen Konkordates („Die Kirche hat das Recht, auf der Grundlage der bürgerlichen Steuerlisten Umlagen zu erheben“)<sup>11</sup>.

*b) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Datenerhebung zur Feststellung des Mitgliederbestandes und zur rechtmäßigen Erfüllung kirchlicher Aufgaben*

Die Frage, ob eine Verpflichtung oder wenigstens eine Befugnis des Staates besteht, den Kirchen auch für andere kirchliche Zwecke Meldedaten ihrer Mitglieder zu übermitteln, wird in dem eingangs erwähnten Referat von MEYER-TESCHENDORF umfassend erörtert. Bis in die 70er-Jahre hinein war es übliche Verwaltungspraxis, den Kirchen auf der Grundlage von internen Verwaltungsanweisungen Meldedaten und teilweise schlichtweg die Kopien der Meldescheine zu überlassen. Es wurde wenig hinterfragt, was die Kirchen mit den ihnen überlassenen Meldedaten machten. Im genannten Zeitraum erstarkte dann das datenschutzrechtliche Bewusstsein und wurden Datenüberlassungen allgemein im Hinblick auf den Zweckbindungsgrundsatz hinterfragt. Dies insbesondere von der FDP und dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz.

---

<sup>10</sup> CAMPENHAUSEN, A. v., Staat und Kirche im Meldewesen: Schneider, H. / Götz, V. (Hrsg.), Im Dienst an Recht und Staat. (FS Werner WEBER). 1974, 477 u. 480.

<sup>11</sup> BayK vom 19.3.1924, Art. 10 § 5.

Im Jahre 1983 erging das berühmte Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes, welches das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG verankerte<sup>12</sup>.

MEYER-TESCHENDORF kommt nach sorgfältiger Analyse zu dem Ergebnis, dass der Staat zwar nicht verpflichtet, aber berechtigt ist, den Kirchen auch für andere kirchliche Zwecke Meldedaten ihrer Mitglieder zu übermitteln. In seinen Worten: „Die Maxime kirchenfreundlichen Verhaltens i.V.m. dem Korporationsstatus legitimiert staatlich-kirchliche Zusammenarbeit im Meldewesen.“<sup>13</sup> Dies kann auch heute noch als herrschende Meinung und bestehende Praxis bezeichnet werden. In der Literatur spricht man von einem „melderechtlichen Informationsverbund“<sup>14</sup>. Jenseits der für die Kirchensteuererhebung notwendigen Daten gibt es keinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Datenhilfe<sup>15</sup>.

Die von VON CAMPENHAUSEN 1974 erhobene Forderung, dass sich „der Umfang des Informationsanspruchs (...) aus dem kirchlichen Mitgliedschaftsrecht“ zu ergeben habe<sup>16</sup> und die Kirche ein allgemeines Recht auf Kenntnisnahme der Meldeunterlagen auch im Interesse kirchlicher Erfassung und geistlicher Versorgung habe,<sup>17</sup> erkennt die Verfassung nicht als verfassungsrechtlich verbürgtes Recht, sondern als verfassungsrechtliche Möglichkeit an. Diese wird (nur) auf der Grundlage einer entsprechenden gesetzlichen Regelung Wirklichkeit. In den neueren Konkordaten finden sich regelmäßig diesbezügliche Vereinbarungen und Regelungen.

### 3. Bedeutung der Anordnung über das kirchliche Meldewesen (KMAO)

Die Anordnung über das kirchliche Meldewesen stammt aus dem Jahr 1979/1980, aktuell in der Fassung von 2015. Die Bedeutung der KMAO in dem hier interessierenden Zusammenhang ist darin zu sehen, dass das Kirchenmitglied auch kirchenrechtlich einer Meldepflicht unterliegt (§ 3) und Regelungen

---

12 BVerfGE 65, 1 ff.

13 MEYER-TESCHENDORF, Weitergabe (s. Anm. 9), 44 ff., 57 (Leitsatz 9).

14 CAMPENHAUSEN V. / DE WALL, Staatskirchenrecht (s. Anm. 9), 298.

15 Für eine Zulieferung der Daten i.S. einer Informationshilfe für dritte Stellen gibt Art. 140 GG i.V.m. Art. 136 Abs. 3, S. 2 WRV keine ausreichende Rechtsgrundlage. Hierfür bedarf es einer speziellen, den Erhebungszweck tragenden gesetzlichen Ermächtigung“ (CAMPENHAUSEN V. / DE WALL, Staatskirchenrecht [s. Anm. 9], 297 m.w.N. in Anm. 49). Sie lag bisher vor in §§ 2 Nr. 11, 4 MRRG und den Meldegesetzen der Länder und findet sich heute in § 3 Nr. 11 BMG. Danach kann die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft erfasst werden.

16 CAMPENHAUSEN V., Staat und Kirche (s. Anm. 10), 483.

17 Ebd., 484.

über die Zusammenarbeit mit den staatlichen Meldebehörden getroffen werden (§ 4). Die Kirche unterhält keine eigenen Meldestellen. Daher ist sie darauf angewiesen, über den schon erwähnten „melderechtlichen Informationsverbund“ vom Staat zu erfahren, welche Personen in einem Mitgliedschaftsverhältnis zu ihr stehen und ihre Kirchenmitglieder entsprechend kirchenrechtlich zu verpflichten, dieser Meldepflicht auch nachzukommen<sup>18</sup>. Nur am Rande sei hier das Phänomen des heimlichen Kirchenaustritts erwähnt, der sich dadurch vollzieht, dass bei einem Umzug das Religionsmerkmal nicht mehr angegeben wird.

## **II. REGELMÄSSIGE MELDEDATENÜBERMITTLUNG AN DIE KATHOLISCHE KIRCHE GEM. § 42 BMG**

Wir haben herausgearbeitet, dass die Kirche einerseits einen Anspruch auf Überlassung der Meldedaten ihrer Mitglieder und deren Familienangehöriger zu Zwecken der Kirchensteuererhebung hat. Darüberhinaus kann Sie auch zu weiteren Zwecken Meldedaten erhalten. Welches diese Zwecke sind, regelt der staatliche Gesetzgeber im Lichte des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts einerseits und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der betroffenen Person andererseits. Regelungen finden sich zum einen in § 42 BMG, zum anderen in §§ 44, 45 BMG. Die Systematik des Gesetzes sieht einerseits einen Abschnitt mit den Vorschriften für die Übermittlung von Daten an Behörden und öffentliche Stellen vor, andererseits an private, natürliche und juristische Personen.

Die verfassten Kirchen sind nicht Behörden i.S. des staatlichen Rechts, vielmehr wurde für sie im Abschnitt über die Behörden eine Sonderregelung geschaffen. Während Behörden und öffentliche Stellen Daten entsprechend dem Grundsatz der Aufgabenakzessorietät erhalten, können Private sogenannte Melderegisterauskünfte nur bei Bestehen berechtigter Interessen erhalten. Die Kirchen stehen zwischen beidem. In Bezug auf ihre Mitglieder und deren Familienangehörige erhalten sie automatisch die in § 42 BMG aufgelisteten Daten. Darüber hinausgehende Auskunftswünsche können nur im Wege einer Melderegisterauskunft geltend gemacht werden.

### **1. Zweckbindung**

Zunächst zur Frage der Zweckbindung der übermittelten Daten, die entsprechend dem Grundsatz der Aufgabenakzessorietät zu beantworten ist. § 42 Abs. 1, S. 1 BMG besagt, dass die Meldebehörde einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft unter den in § 34 Absatz 1 Satz 1 BMG genannten Vor-

---

<sup>18</sup> CAMPENHAUSEN V. / DE WALL, Staatskirchenrecht (s. Anm. 9), 298 m.w.N. in anm. 53.

aussetzungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, nicht jedoch zu arbeitsrechtlichen Zwecken die dort aufgeführten Daten ihrer Mitglieder auch regelmäßig übermitteln darf. § 34 Abs. 1, S. 1 lautet: „soweit dies zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden öffentlichen Aufgaben erforderlich ist.“

In der Zuständigkeit der Kirchen als Datenempfänger liegende öffentliche Aufgaben sind hier so zu verstehen, dass es sich um spezifische kirchliche Aufgaben handeln muss. Datenübermittlungen lediglich zu sonstigen Zwecken sind nicht statthaft. Die Diskussion, ob kirchliche Aufgaben öffentliche Aufgaben sind, wurde in den 70er-Jahren sehr intensiv geführt, auch mit Hinblick auf den Körperschaftsstatus der Kirchen, der jedoch ein *status sui generis* ist. Als Ergebnis der Diskussion kann festgehalten werden, dass die Kirchen keine öffentlichen, sondern originär kirchliche Aufgaben wahrnehmen. Der Ausnahmefall, dass der Staat die Kirche mit Hoheitsbefugnissen beleiht, braucht an dieser Stelle nicht weiter verfolgt zu werden.

In § 42 Abs. 2 BMG sind die Datensätze aufgeführt, die in Bezug auf Familienangehörige, die nicht derselben oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, übermittelt werden dürfen. Wer Familienangehöriger ist, ist nunmehr erstmals bundesrechtlich in § 42 Abs. 3, S. 1 BMG definiert: „Familienangehörige im Sinne des Absatzes 2 sind der Ehegatte oder Lebenspartner, minderjährige Kinder und die Eltern von minderjährigen Kindern.“

Der Verband der Diözesen Deutschlands hat am 12.6.2014 eine Erklärung abgegeben, aus der hervorgeht, zu welchen Zwecken die Kirche Daten ihrer Mitglieder und von deren Familienangehörigen erhebt: Zur Erfüllung ihrer (kirchlichen) Aufgaben, mithin etwa zur Feststellung ihres Mitgliederbestandes und zur Führung der Kirchenbücher, zur Gewährleistung des kirchlichen Wahlrechtes, für das kirchliche Steuererhebungsrecht sowie für pastorale und seelsorgerliche Zwecke<sup>19</sup>. Die von VON CAMPENHAUSEN<sup>20</sup> noch aufgeführten missionarischen Zwecke, die sich überhaupt nur auf die Familienangehörigen oder aber Nicht-Kirchenmitglieder beziehen könnten, sind meines Erachtens mit Recht hier nicht aufgeführt<sup>21</sup>.

Im Hinblick auf die Daten der Familienangehörigen ist deren Widerspruchsrecht zu beachten, welches jedoch nicht in Bezug auf die Kirchensteuererhebung Wirkung entfaltet. Darf die Kirche aber darüber hinaus die Daten der Familienange-

19 Vgl. nur Amtsblatt des Erzbistums Köln vom 1.7.2014, Nr. 131.

20 CAMPENHAUSEN V. / DE WALL, Staatskirchenrecht (s. Anm. 9), 299.

21 „Nur solche die zur rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben nötig sind. Für die Kirchen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften sind dies alle Tätigkeitsbereiche, in denen sie ihren spezifischen Auftrag erfüllen einschließlich des kirchlichen Besteuerungswesens“ (ABl. Erzbistum Köln [s. Anm. 19]).

hörigen nutzen? Da es um staatlich erhobene Daten von Nichtmitgliedern geht, rate ich hier zu einem äußerst restriktiven Umgang. Es muss immer im Blick behalten werden, dass es sich hier um ein automatisiertes Abrufverfahren handelt, welches auch hochsensible Daten wie die Zugehörigkeit zu einer anderen oder zu keiner Religionsgemeinschaft enthält. Es gilt, den Bogen nicht zu überspannen, sorgfältig zu prüfen, welche Datenverwendungen gestattet werden, also wer zu welchem Zweck Zugriff auf die Meldedaten hat. Gem. § 5 Abs. 6 UAbs. 3 KMAO hat der Generalvikar in einer Ausführungsvorschrift zu regeln, wer für das Bistum eine Zugriffsberechtigung auf das Gemeindemitgliederverzeichnis hat. Dabei sind ihm als Kriterien das Prinzip der Erforderlichkeit und der Datensparsamkeit vorgegeben. Jede Diözese sollte auf diese Regelung größte Sorgfalt verwenden und sie genauestens einhalten.

Die Interessen der Familienangehörigen am Schutz ihrer Daten werden im Hinblick auf die Kirchensteuererheblichkeit der Informationen lediglich durch ein Widerspruchsrecht, nicht aber im Wege eines Einwilligungserfordernisses geschützt<sup>22</sup>. Auch dies spricht für eine sehr restriktive Handhabung.

## **2. Ausreichende Maßnahmen des Datenschutzes als Voraussetzung der Datenübermittlung**

§ 42 Abs. 5, S. 1 BMG stellt die Zulässigkeit der Datenübermittlung unter den Vorbehalt, dass sichergestellt ist, dass beim Datenempfänger, also den verfassten Kirchen, „ausreichende Maßnahmen zum Datenschutz getroffen sind“. Die Feststellungen hierüber trifft gem. § 42 Abs. 5, S. 2 BMG eine durch Landesrecht zu bestimmende Behörde. Im Erzbistum Köln haben wir einen solchen umfangreichen Fragebogen in diesem Jahr schon zweimal ausgefüllt, einmal für Rheinland-Pfalz, in diesen Tagen für Nordrhein-Westfalen, wo durch § 5 Abs. 3 Meldegesetz NRW das Innenministerium als zuständige Behörde bestimmt ist.

Eine Durchsicht des Fragebogens macht deutlich, an welchen Kriterien staatlicherseits das ausreichende Datenschutzniveau festgemacht wird. Diese Kriterien weisen eine enge Verknüpfung zum Zweckbindungsgrundsatz auf. So wird ausdrücklich gefragt, wie die Kirche sicherstellt, dass die Meldedaten nicht für arbeitsrechtliche Zwecke verwendet werden und wie sichergestellt ist, dass Meldedaten bei einem Widerspruch im Sinne des § 42 Abs. 3, S. 2 BMG nur für Zwecke des Steuererhebungsrechtes verwendet werden.

Es sei zu diesem Punkt der ausreichenden Datenschutzmaßnahmen noch ergänzt, dass auch § 12 Abs. 2 EGGVG eine entsprechende Regelung für die Übermittlung von personenbezogenen Daten von Amts wegen durch die ordentlichen Gerichte oder Staatsanwaltschaften an Stellen der öffentlich-recht-

---

<sup>22</sup> CAMPENHAUSEN V. / DE WALL, Staatskirchenrecht (s. Anm. 9), 299 mit Anm. 64.



lichen Religionsgesellschaften ermöglicht. Hierunter fallen zum Beispiel die Mitteilungen in Strafsachen. Auf dieser Grundlage kann eine Diözese aufgrund der so erlangten Kenntnis über Straftaten ihrer Mitarbeiter dienst- oder arbeitsrechtliche Maßnahmen ergreifen.

### 3. Umfang und Adressat der Datenübermittlung

Der Umfang der Datenübermittlung ist in § 42 BMG geregelt. Die Länder können durch Rechtsverordnung weitere Datensätze für die Übermittlung vorsehen. Ein Vergleich der Kataloge des MRRG und des BMG zeigt, dass hier auf bundesgesetzlicher Ebene eine erfreuliche Ausweitung zu Gunsten der Kirchen stattgefunden hat.

Wer ist nun Empfänger der Meldedaten? Dies sind in jedem Fall die unselbständigen Stellen der öffentlich-rechtlich verfassten kirchlichen Gemeinschaften. VON CAMPENHAUSEN / DE WALL vertreten die Auffassung, dass hingegen nicht die selbständigen, und insbesondere nicht privatrechtlich verfasste Rechtsträger, die einer Kirche zugeordnet sind, Empfänger von Meldedaten sein können<sup>23</sup>. Schauen wir uns einige Stellen und Rechtsträger genauer an.

Die Offiziate sind unselbständige Stellen der Erzdiözesen und damit ohne weiteres befugt, für ihre Zwecke auf die Meldedaten zuzugreifen. Kirchengemeinden sind nach kirchlichem und staatlichem Recht zwar selbständige Rechtsträger, jedoch müssen auch sie ohne weiteres als begünstigt für ihr Gemeindegebiet angesehen werden. Keinesfalls zulässig wäre aber eine Weitergabe von Meldedaten an privatrechtlich verfasste Rechtsträger. Man kann hiergegen auch nicht mit der Reichweite des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts argumentieren, welches nach der weiterhin fortbestehenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsrechtes alle der Kirche in bestimmter Weise zugeordneten Einrichtungen umfasst, unabhängig von ihrer Rechtsform<sup>24</sup>. Denn es geht bei der Frage des Begünstigten der staatlichen Meldedatenübermittlung nicht um die Reichweite des Selbstbestimmungsrechtes, sondern um die Erbringung staatlicher Leistungen.

---

<sup>23</sup> CAMPENHAUSEN V. / DE WALL, Staatskirchenrecht (s. Anm. 9), 296 mit Anm. 39.

<sup>24</sup> BVerfG v. 22.10.2014 – 2 BvR 661/12, BVerfGE 137, 273 = NZA 2014, 1387 (Chefarztfall).

### **III. MELDEREGISTERAUSKUNFTE GEM. §§ 44, 45 BMG ZU KIRCHLICHEN ZWECKEN**

#### **1. Einfache Melderegisterauskunft (§ 44 BMG)**

Eine sogenannte einfache Melderegisterauskunft gem. § 44 BMG kann jedermann zu einzelnen bestimmten Personen bei der jeweils zuständigen Meldebehörde einholen. Gem. § 1 BMG sind Meldebehörden die durch Landesrecht zu bestimmenden Behörden. Es gibt in Deutschland über 5.000 Meldebehörden, so dass zumindest eine Vermutung vorliegen muss, wo eine Person einmal gewohnt hat oder sich jetzt aufhält. Nach in der Regel fünf Jahren archivieren die Meldebehörden die Datensätze; nach ca. 25-30 Jahren löschen sie die Daten endgültig. Innerhalb dieser Zeiträume sind sogenannte Archiv Anfragen möglich.

Die einfache Melderegisterauskunft ist zulässig, wenn von der Meldebehörde die Identität der Person, über die eine Auskunft begehrt wird, auf Grund der in der Anfrage mitgeteilten Angaben über den Familiennamen, den früheren Namen, die Vornamen, das Geburtsdatum, das Geschlecht oder eine Anschrift eindeutig festgestellt werden kann, und die Auskunft verlangende Person oder Stelle erklärt, die Daten nicht für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels zu verwenden.

Im Falle der zulässigen Anfrage werden übermittelt: Familienname, Vornamen unter Kennzeichnung des gebräuchlichen Vornamens, Doktorgrad und derzeitige Anschriften sowie, sofern die Person verstorben ist, diese Tatsache.

Eine Anschriftenermittlung auf diesem Wege ist also ohne weiteres möglich. Im Gegensatz zum Widerspruch gegen eine automatisierte Datenübermittlung durch Familienangehörige, die keiner oder einer anderen Religionsgemeinschaft angehören, erfolgt hier ohne weiteres eine Auskunft über die Adresse. Keinesfalls darf hier Auskunft über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft erteilt werden. Eine Melderegisterauskunft unterbleibt nur dann, wenn eine Auskunftssperre (§ 51 BMG) oder ein bedingter Sperrvermerk (§ 52 BMG) vorliegen. Eine Auskunftssperre wird auf Antrag oder von Amts wegen eingetragen. Die betroffene Person ist vor Erteilung der Auskunft anzuhören. Die Auskunft unterbleibt bei Vorliegen der in § 51 Abs. 1 bis 3 BMG aufgezählten Voraussetzungen (beispielsweise Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit). Der bedingte Sperrvermerk nach § 52 BMG betrifft Personen, die in einer JVA, einem Altenheim oder Pflegeheim, in einer Asylbewerberunterkunft, einem Frauenhaus oder einer Suchtklinik gemeldet sind. Auch hier ist die betroffene Person vor Erteilung einer Auskunft zu hören, und hat die Auskunft zu unterbleiben, wenn die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 bis 3 BMG vorliegen oder eine Beeinträchtigung schutzwürdiger Interessen ausgeschlossen werden kann.

Es gibt zwischenzeitlich online-Auskunftsportale, etwa ein großes für Bayern, das auch NRW mit abdeckt<sup>25</sup>. Die Abrufe sind kostenpflichtig.

## 2. Erweiterte Melderegisterauskunft (§ 45 BMG)

Eine erweiterte Melderegisterauskunft gem. § 45 BMG kann nur bei Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses erteilt werden. Eine erweiterte Auskunft kann nach § 45 BMG zusätzlich zu den Daten einer einfachen Auskunft erfolgen über:

1. Frühere Namen,
2. Geburtsdatum und Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch den Staat,
3. Familienstand, beschränkt auf die Angabe, ob verheiratet oder eine Lebenspartnerschaft führend oder nicht,
4. derzeitige Staatsangehörigkeiten,
5. frühere Anschriften,
6. Einzugsdatum und Auszugsdatum,
7. Familienname und Vornamen sowie Anschrift des gesetzlichen Vertreters,
8. Familienname und Vornamen sowie Anschrift des Ehegatten oder des Lebenspartners sowie
9. Sterbedatum und Sterbeort sowie bei Versterben im Ausland auch den Staat.

### *a) Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses*

Voraussetzung ist die Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses. Das wird gelingen, wenn ein Offizialat eines der genannten Daten im Rahmen eines Ehenichtigkeitsverfahrens benötigt. Allerdings erscheinen mir wenige Daten relevant, die Praktiker werden dies besser einschätzen können.

### *b) Pflicht der Meldebehörde zur Unterrichtung der betroffenen Person*

Wird eine erweiterte Melderegisterauskunft erteilt, ist der Betroffene sofort zu unterrichten, es sei denn der Datenempfänger macht ein rechtliches Interesse glaubhaft, insbesondere zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen.

---

<sup>25</sup> Siehe [www.zemaonline.de](http://www.zemaonline.de)

### 3. Meldedatenauskünfte der Bistümer untereinander?

§ 5a KMAO 2015 ermöglicht ein automatisiertes Abrufverfahren der Bistümer untereinander.

Jedes Bistum ist befugt, zur Klärung von Fragen im Einzelfall gemäß § 7 KDO von einem anderen Bistum Daten abzurufen. Werden die Daten für andere als für Meldezwecke übermittelt (§ 10 Abs. 2 KDO), ist die Übermittlung in geeigneter Weise zu dokumentieren. Das übermittelnde Bistum kann die Übermittlung generell oder für den Einzelfall sperren. Gesperrte Daten werden nicht übermittelt. Das abrufende Bistum erhält lediglich die Mitteilung, dass ein Abruf nicht gestattet ist.

§ 10 Abs. 2 Nr. 10 KDO erlaubt einen Abruf der Daten über die Meldezwecke hinaus, wenn der Auftrag der Kirche es erfordert. Dies könnte beispielsweise in einem Ehenichtigkeitsverfahren der Fall sein, weil es seelsorglicher Auftrag der Kirche ist, diese Verfahren zu führen.

§ 7 KDO ermöglicht darüber hinaus ein automatisiertes Abrufverfahren. Nach meinem Kenntnisstand gibt es weiterhin verschiedene Meldeverbünde der Bistümer bzw. Insellösungen einzelner Bistümer. Köln und Münster beispielsweise nehmen am Mainzer Meldeverfahren teil, so dass unter den dort teilnehmenden Bistümern ein automatisiertes Abrufverfahren möglich sein sollte<sup>26</sup>.

## IV. GEBÜHRENFREIHEIT DER MELDEREGISTERAUSKÜNFTE ZU KIRCHLICHEN ZWECKEN?

Melderegisterauskünfte sind gebührenpflichtig. Gebühren fallen jedoch dann nicht an, wenn ein Gebührenschuldner eine sogenannte persönliche Gebührens-befreiung für sich in Anspruch nehmen kann. Einschlägige landesrechtliche Re-

---

<sup>26</sup> Seit dem 24.5.2018 gilt anstelle der KDO das KDG, zum 1.3.2019 ist die KDG-DVO in Kraft getreten. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten ist nunmehr in §§ 6 ff. KDG, die Offenlegung gegenüber kirchlichen und öffentlichen Stellen in § 9 KDG geregelt. Die Datenverarbeitung zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem die personenbezogenen Daten erhoben wurden, ist nun nur unter den Voraussetzungen des § 6 II ff. KDG möglich, für besondere Verarbeitungssituationen gelten zudem die §§ 52 ff. KDG. Eine in § 7 KDO geregelte „Einrichtung automatisierter Abrufverfahren“ wurde nicht in das KDG aufgenommen. Der bisherige § 10 Abs. 2 Nr. 10 KDO ist als § 6 Abs. 2 lit. j in das KDG übernommen worden. Die in der KDO verwendeten Begriffe „Speichern, Verändern oder Nutzen“ wurden im KDG verallgemeinert zur „Verarbeitung“ von Daten, § 4 Nr. 3 KDG. Der betroffenen Person werden umfangreiche Rechte zubilligt wie Informationsrechte, §§ 14 ff. KDG, ein Auskunftsrecht, § 17 KDG, sowie Rechte auf Berichtigung, Löschung und Einschränkung, §§ 18 ff. KDG.

gelingen zur persönlichen Gebührenbefreiung gibt es in allen Bundesländern mit Ausnahme von Bayern – jedenfalls haben wir eine bayerische Regelung nicht gefunden. In neueren Konkordaten und dem Hessischen Konkordatsergänzungsvertrag werden persönliche Gebührenbefreiungen zu Gunsten der katholischen Kirche auch konkordatär abgesichert.

Einzelne Bundesländer sehen zusätzliche Voraussetzungen vor, die erfüllt sein müssen, damit eine persönliche Gebührenfreiheit eintritt. So verlangt etwa das Land Berlin, dass „durch die Amtshandlung unmittelbar die Durchführung kirchlicher, religiöser oder weltanschaulicher Zwecke gefördert wird“, siehe § 2 Abs. 1 Nr. 3 VGebO Berlin<sup>27</sup>. Bei einer Offizialatsanfrage wäre dies ohne weiteres zu bejahen.

In Nordrhein-Westfalen sieht das dortige Gebührengesetz<sup>28</sup> in § 8 Abs. 1 Nr. 5 vor, dass „die Amtshandlung unmittelbar der Durchführung kirchlicher Zwecke im Sinne des § 54 der Abgabenordnung“ dienen muss. § 54 Abgabenordnung<sup>29</sup> lautet:

„(1) Eine Körperschaft verfolgt kirchliche Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, eine Religionsgemeinschaft, die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, selbstlos zu fördern.

(2) Zu diesen Zwecken gehören insbesondere die Errichtung, Ausschmückung und Unterhaltung von Gotteshäusern und kirchlichen Gemeindehäusern, die Abhaltung von Gottesdiensten, die Ausbildung von Geistlichen, die Erteilung von Religionsunterricht, die Beerdigung und die Pflege des Andenkens der Toten, ferner die Verwaltung des Kirchenvermögens, die Besoldung der Geistlichen, Kirchenbeamten und Kirchendiener, die Alters- und Behindertenversorgung für diese Personen und die Versorgung ihrer Witwen und Waisen.

Worunter fällt hier das Offizialat? Der Katalog in § 54 Abs. 2 AO ist beispielhaft, und er hat die Perspektive des Gemeinnützigkeitsrechts, welches fragt, ob ein privatrechtlicher Rechtsträger kirchliche Zwecke fördert.

Ein kirchlicher Zweck liegt aber erst Recht vor, wenn es unmittelbar um die Aufgabenwahrnehmung der Kirche geht. Das Offizialat gehört als kirchliches Gericht gem. cc. 1400, 1671 ff. CIC unmittelbar dem kirchlichen Organisationsbereich an. Es ist im Rahmen der Durchführung des Verfahrens, in dem es die Auskunft begehrt, von Amts wegen dazu verpflichtet, die Auskunft einzuholen.

---

<sup>27</sup> Vom 24.11.2009, GVBl. 2009, 707, 894, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.3.2020, GVBl. 2020, 226.

<sup>28</sup> Vom 23.8.1999, GV. NRW.1999, 524, zuletzt geändert durch Gesetz vom 8.12.2015, GV.NRW. 2015, 836.

<sup>29</sup> Vom 1.10.2002, BGBl. I 2002, 3866.

Daher besteht auch in NRW Gebührenfreiheit für Melderegisteranfragen der Offiziate.

§ 8 LGebG Rheinland-Pfalz<sup>30</sup> gewährt Gebührenfreiheit, sofern die Amtshandlung nicht eine wirtschaftliche oder gewerbliche Betätigung betrifft. Auch hier lautet das Ergebnis: Offizialatsanfragen sind unproblematisch von Gebühren befreit.

Einzelne Gebührengesetze sehen vor, dass die Gebührenbefreiung nicht eintritt, soweit eine Berechtigung besteht, die zu zahlenden Gebühren Dritten aufzuerlegen (vgl. etwas § 8 Abs. 2 2. Fall GebG NRW. Das greift nach der Rechtsprechung immer dann ein, wenn Dritte mit dem betreffenden Betrag auch nur mittelbar, insbesondere durch Einstellen als Rechnungsfaktor in allgemeine Gebühren, Beiträge oder private Entgelte, belastet werden können<sup>31</sup>. Ob das Entgelt letztlich tatsächlich entrichtet wird, ist unerheblich. Es genügt die rechtliche Möglichkeit, den betreffenden Gebührenbetrag auf Dritte umzulegen. Die Vorschrift soll bewirken, dass Dritten nicht die Gebührenfreiheit eines Hoheitsträgers zugute kommt, wenn die betreffende Gebühr rechtlich auf sie abgewälzt werden kann. Allerdings ist für die Frage, ob überhaupt („wenn“) eine Verwaltungsgebühr auf Dritte umgelegt werden kann, das jeweilige Fachrecht maßgebend. Das Landesgebührengesetz trifft hierzu keine Aussage.

Es ist für mich nicht ersichtlich, dass Gebühren für Melderegisterauskünfte auf die klagende Partei umgelegt werden können. Daher verbleibt es bei der Gebührenfreiheit.

Das Bundesmeldegesetz sieht in § 34 Abs. 6, S. 1 Kostenfreiheit nur für Übermittlung an andere öffentliche Stellen vor. Der die Kirchen betreffende § 42 verweist auf § 34 Abs. 1 und Abs. 5, aber nicht auf den die Kostenfreiheit regelnden Abs. 6. Bundesrechtlich ist daher eine Kostenfreiheit der kirchlichen Melderegisterauskünfte nicht zwingend vorgesehen.

## **V. ANWENDUNGSFALL: DIE LADUNG DER NICHTKLAGENDEN PARTEI IM EHENICHTIGKEITSVERFAHREN**

Die besonderen Normen, die dem Eheprozess eigen sind, finden sich in cc. 1671-1691 CIC. Die Vorschriften, die den ganzen Prozess bestimmen, finden sich in cc. 1501-1655 CIC. Diese sind nur anzuwenden, soweit die Natur der Sache dem nicht entgegensteht und unter Beachtung der Normen für Personenstandssachen und Sachen, die das öffentliche Wohl betreffen, c. 1691 CIC. Im

---

<sup>30</sup> Vom 3.12.1974, GVBl. 1974, 578, zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.6.2017, GVBl. 2017, 106.

<sup>31</sup> OVG NRW v. 16.2.2007, 9 A 605/04, NWVBl 2007, 402, Rn. 24.

Ehenichtigkeitsverfahren kommt der Amtsermittlungsgrundsatz, c. 1452 § 1, zur Anwendung.

C. 1504 Nr. 2 CIC sieht für die Klageschrift unter anderem vor, dass anzugeben ist, auf welches Recht und, wenigstens allgemein, auf welche Tatsachen und welche Beweismittel sich der Kläger zum Nachweis seiner Klagebehauptung stützt. C. 1504 Nr. 4 CIC verlangt, dass der „Wohnsitz oder Nebenwohnsitz des Beklagten“ angegeben werden soll.

Die Klageschrift kann vom Gericht nur wegen Fehlern in den Nummern 1-3 abgelehnt werden, nicht jedoch wegen Nr. 4, vgl. c. 1505 § 1 Nr. 3 CIC.

Das Gericht muss daher das Dekret über die Zulassung der Klage auch der nichtklagenden Partei zustellen, verbunden mit der Aufforderung, Stellung zu nehmen. Die Zustellung löst die Wirkungen des c. 1512 CIC aus. Zudem beginnt mit der Ladung der nichtklagenden Partei das Prozessrechtsverhältnis,<sup>32</sup> die Sache wird rechtshängig, Art. 129 DC. Der Nachweis der erfolgten Zustellung gehört zu den *acta processus* i.S.d. Art. 88 DC.

Nach c. 1509 § 1 CIC hat die Bekanntgabe von Ladungen, Dekreten, Urteilen und anderen Gerichtsakten durch die Post oder auf eine andere äußerst sichere Weise zu erfolgen, unter Beachtung der Bestimmungen des Partikularrechts. Gem. § 2 müssen die Tatsache und die Weise der Bekanntgabe in den Akten festgehalten werden. Eine Regelung für den Fall, dass der Aufenthalt der nichtklagenden Partei trotz sorgfältiger Nachforschung nicht ermittelt werden kann, trifft der CIC nicht mehr. Nach c. 1720 CIC/1917 war in diesem Fall die sogenannte Ediktalladung vorzunehmen, die durch den Anschlag des Ladungsdekretes am Mitteilungsbrett der Kurie oder durch Aufnahme in eine öffentliche Zeitung vollzogen wurde<sup>33</sup>.

Es handelt sich demnach um eine Gesetzeslücke des CIC 1983. Die Folge der nicht erfolgten Ladung regelt c. 1511 i.V.m. c. 1622 Nr. 5 CIC: eventuelle Prozesshandlungen sind nichtig.

Auch Art. 128 DC sieht Nichtigkeit der Prozesshandlungen vor, wenn die Ladung der nichtklagenden Partei nicht rechtmäßig mitgeteilt wurde. Hier ist der Fall gemeint, dass die ladungsfähige Anschrift bekannt, aber die Ladung nicht nachweisbar ist. Dazu führt LÜDICKE aus: „In den prozessualen Auswirkungen steht die zwar erfolgte, aber nicht nachweisbare Ladung der nicht rechtmäßig durchgeführten nahe. Der Adressat ist nämlich dann in die Lage versetzt, die Gültigkeit des Verfahrens zu bestreiten und das Urteil mit der Nichtigkeitsbeschwerde anzugreifen, da das Gericht nicht nachweisen kann, dass er geladen worden ist.“

---

<sup>32</sup> LÜDICKE, K., MKCIC (58. Erg.-Lfg. Januar 2020), c. 1507, Rn. 3.

<sup>33</sup> LÜDICKE, K., MKCIC (58. Erg.-Lfg. Januar 2020), c. 1509, Rn. 4.

Im Ehenichtigkeitsprozess, bei dem es ja um die Feststellung des Personenstandes von Amts wegen geht, schließt Art. 132 § 1 DC die Lücke: wenn nach sorgfältiger Nachforschung noch unbekannt ist, wo sich eine zu ladende Partei aufhält oder eine Partei, der ein Akt mitzuteilen ist, kann der Richter das Verfahren fortsetzen, aber die gründliche Nachforschung muss in den Akten belegt sein. Gem Art. 132 § 2 DC kann das Partikulargesetz anordnen, dass in einem solchen Fall die Ladung oder Mitteilung durch Edikt erfolgt.<sup>34</sup>

Damit hat im Ehenichtigkeitsverfahren die Unauffindbarkeit der nichtklagenden Partei nicht die Nichtigkeit der Prozesshandlungen gem. c. 1511 CIC zur Folge. Der Richter hat in den Verfahrensakten (c. 1472 § 1 CIC) zu dokumentieren, dass er „gründlich, aber erfolglos“<sup>35</sup> versucht hat, den Aufenthalt der nichtklagenden Partei zu klären.

Was hat nun das Gericht zu tun, um in den Akten sein Bemühen, die nichtklagende Partei zu finden, ausreichend zu dokumentieren? Es hat eine Melderegisterauskunft vorzunehmen und diese zu dokumentieren. Führt diese nicht zum Erfolg, sollte auch eine Archivanfrage durchgeführt werden. Schließlich wäre der Weg einer Meldeanfrage bei einer anderen Diözese zuzusuchen.

## **VI. AUSBLICK: DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG (EU) 2016/679 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES VOM 27.4.2016 – INKRAFTTRETEN AM 25.5.2018**

Ab dem 25.5.2018 gilt die Datenschutz-Grundverordnung zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (DSGVO)<sup>36</sup>. Für den kirchlichen Datenschutz ist insbesondere Art. 91 Abs. 1 DSGVO relevant, wonach bereits bei Inkrafttreten der DSGVO angewandte Datenschutzregeln weiter verwendet dürfen, sofern sie mit der DSGVO in Einklang stehen. Die Aufsicht wird dann nach Art. 90 Abs. 2 DSGVO durch eine unabhängige Behörde gewährleistet.

Nach dem BDSG sind bereits in den meisten Bereichen strengere Anforderungen einzuhalten als die DSGVO sie stellt. Für das Meldewesen relevante Ausnahmen bilden nun geltende höhere Bußgeldbeträge, zudem ist nach dem neuen § 38 Abs. 1, S. 1 BDSG ein Datenschutzbeauftragter erforderlich, soweit in der

---

34 LÜDICKE, K., *Dignitas Connubii. Die Eheprozessordnung der katholischen Kirche.* (BzMK 42) Art. 128, Rn. 3.

35 Ebd., Art. 132, Rn. 2.

36 ABL (EU) L 119 v. 4.5.2016, 1-88.



Regel mindestens zehn Personen ständig mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigt sind.

\* \* \*

## ABSTRACTS

*Dt.:* Die vorliegende Studie befasst sich mit der Thematik der Melddatenübermittlung und Melderegisterauskünfte zu kirchlichen Zwecken und zeigt somit einen wichtigen Bereich der Zusammenarbeit von Kirche und Staat auf. Nach Darlegung einiger Spezifika der melderechtlichen wechselseitigen Beziehungen widmet sich der Beitrag der Zweckbindung, den Maßnahmen zum kirchlichen Datenschutz und dem Umfang der Datenübermittlung, bevor die kirchlichen Melderegisterauskünfte zu kirchlichen Zwecken unterschieden werden in die einfache und erweiterte Melderegisterauskunft und auch die Frage beantwortet wird nach der Erlaubtheit der Meldeauskünfte der Bistümer untereinander. Exemplarisch wird die Möglichkeit der Meldeauskünfte auf die Relevanz in Ehenichtigkeitsverfahren aufgezeigt, um den Aufenthaltsort der nicht-klagenden Partei herausfinden zu können. Abschließend erfolgt ein kurzer Ausblick auf die Datenschutz-Grundverordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, die am 25.5.2018 in Kraft tritt.

*Ital.:* Questo studio affronta la questione della trasmissione dei dati di registrazione civile e delle informazioni dai registri civili per scopi ecclesiastici e quindi evidenzia un'importante area di cooperazione tra la Chiesa e lo Stato. Dopo aver delineato alcune delle specificità delle relazioni reciproche secondo il diritto di registrazione civile, l'articolo è dedicato alla limitazione dello scopo, alle misure per la protezione dei dati ecclesiastici e alla portata della trasmissione dei dati, prima che le informazioni di registrazione civile ecclesiastica per scopi ecclesiastici siano differenziate in informazioni di registrazione civile semplici ed estese e si risponda anche alla domanda sull'ammissibilità delle informazioni di registrazione civile tra le diocesi. Esemplarmente la possibilità delle informazioni dai registri civili è segnalata sulla rilevanza nei processi di nullità del matrimonio, per poter scoprire dove si trova la parte non reclamante. Infine, una breve panoramica sul regolamento generale sulla protezione dei dati del Parlamento europeo e del Consiglio, che entrerà in vigore il 25 maggio 2018.